

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Landbote. 1849-1934 1928

285 (5.12.1928)

Erscheint täglich
mit Ausnahme der Feiertage
Bezugspreis:
Durch die Post bezogen und durch
den Briefträger und unsere Aus-
träger frei ins Haus
monatlich Goldmark 1.60
Der Bezugspreis ist im Voraus
zu entrichten.
In Fällen von höherer Gewalt
besteht kein Anspruch auf Liefer-
ung der Zeitung oder auf Rück-
zahlung des Bezugspreises.
Geschäftszeit 1/8 bis 5 Uhr
Sonntags geschlossen.
Fernsprech-Anschluß Nr. 465
Postfach-Konto
Karlsruhe Nr. 6903

Der Landbote

Sinsheimer Zeitung Begr. 1839
General-Anzeiger für das Elsenz- und Schwarzbachtal

Helteste und verbreitetste Zeitung dieser Gegend. Haupt-Anzeigen-Blatt
Wöchentl. Beilagen: Ein Blick in die Welt • Die Brunnenstube • Aus dem Reich der Mode • Ratgeber für Haus- u. Landwirtschaft

Anzeigen-Preise:
Anzeigen: Die 33 mm breite
Millimeter-Zeile 6 Goldpfg.
Reklamen: Die 92 mm breite
Millimeter-Zeile 20 Goldpfg.
Grundschrift im Anzeigen- und
Textteil ist Petit.
Bei Wiederholungen tarifrester
Rabatt, der bei Nichtzahlung
innerhalb 8 Tagen nach Rech-
nungsbatum oder bei gerichtlicher
Betreibung erlischt.
Anzeigen-Aufnahme bis 8 Uhr
vormittags; größere Anzeigen
müssen am Tage vorher auf-
gegeben werden.

Bank-Konto
Vereinsbank Sinsheim
e. G. m. b. H.

Nr. 285

Mittwoch, den 5. Dezember 1928.

89. Jahrgang

Das verteilte Selbstbestimmungsrecht. Pariser Anschlußdebatte. Die „fürchterlichste Kriegsgefahr“. Der vergessliche Briand.

Paris, 4. Dez. Die Kammer begann heute vormittag die Beratung des Haushalts des Außenministeriums. Abg. Loulier (Gruppe Marin) erläuterte den Bericht über diesen Haushaltsplan, wobei er die Stellen hervorhob, die sich gegen den Anschluß Österreichs an Deutschland richten. Er forderte die Revision des Vertrages der Schanden Frankreichs, sowie Aufrechterhaltung der Befestigung des Rheinlandes als Zahlungs- und Friedensgarantie. Im Namen der radikalen Partei sprach der frühere Unterrichtsminister Francois Albert. Er beschwört Briand, der das Westlocomotiv vermisst habe, jetzt ein Ostlocomotiv zu schaffen. Da Deutschland noch immer Pläne schmiedet, sei es hinsichtlich des Anschlusses Österreichs, der Vereinfachung des Danziger Korridors oder Selbstens. Es liege eine Gefahr darin, daß man Berlin zum Zentrum der Kräfte gemacht habe, die sich früher auf das österreichisch-ungarische Reich verteilten. Er befürchte, daß der Versailles-Vertrag, der den Anschluß Österreichs an Deutschland verhindern sollte, wie ein Spinnennetz zerreißen könnte. Briand wendet ein, er habe vor einer Versammlung, auf der 52 Nationen vertreten waren, darauf hingewiesen, daß darin eine ernste Bedrohung für den Frieden liegen würde, und eine ungeheure Mehrheit der Versammlung habe seinen Worten zugestimmt. Francois Albert erklärt darauf, diese Bedrohung sei tatsächlich vorhanden, zumal in Deutschland nicht nur die Alldeutschen für den Anschluß seien, sondern sogar der deutsche Sozialismus, obwohl er eine große Friedenspartei sei, in dieser Frage geteilter Ansicht sei. Briand erklärt, er sei überzeugt, daß man deutscherseits die Rücksicht auf den Frieden über alle anderen Erwägungen stellen werde. Francois Albert äußert dann die Befürchtung, daß viel-

leicht die Politik des Vatikans den Anschluß Österreichs an Deutschland günstig beurteilen könnte, um einen katholischen Block in Mitteleuropa zu schaffen. Briand wendet ein: Wie würde der Heilige Stuhl gleichmäßig das Verschwinden eines Landes wie Österreich mit ansehen können, das vom katholischen Standpunkt gesehen eine unvergleichliche mystische Kraft darstellt? Francois Albert erklärt, die Politik des Heiligen Stuhls könne zwar widerspruchsvoll erscheinen, aber sie könne sehr wohl in einem doppelten Spiel bestehen. Nicht nur die katholischen Zeitungen in Deutschland sprächen sich günstig für den Anschluß aus, sondern auch die Protestanten. Albert appelliert an die französischen Sozialisten, sie möchten die deutschen Sozialisten dazu bringen, auf den Anschlußgedanken zu verzichten. Briand erklärt: Wenn es auch berechtigt sei, wie man das ja getan habe, vom Selbstbestimmungsrecht der Völker zu sprechen, so habe man niemals das Selbstbestimmungsrecht der Völker ins Auge gefaßt. Wenn in einem Lande neun Zehntel der Bevölkerung es auf die Selbstbestimmung abgesehen habe und als Nation verschwinden wolle und wenn nur ein Zehntel der Bevölkerung diesen Gedanken ablehne und an den Traditionen festhalten wolle, dann habe man nicht das Recht, dieses ein Zehntel zu zwingen, den anderen zu folgen und das Selbstbestimmungsrecht könne nicht diesem Lebenswillen entgegenstehen. Briand appellierte schließlich an das europäische Gewissen des österreichischen Volkes, damit es nicht unter Verkenennung der gegenüber den zivilisierten Nationen übernommenen Verpflichtungen den Weltfrieden störe. Francois Albert fordert zum Schluß Briand auf, alle diplomatischen Waffen zu benutzen, um den Anschluß zu verhindern.

Erstaunen in Berlin über Chamberlains Rede.

Berlin, 5. Dezember. Obwohl der authentische Text der Rede Chamberlains vom Montag in Berlin noch nicht vorliegt, wird in politischen Kreisen schon jetzt darauf hingewiesen, daß es höchstes Erstaunen erregen müsse, wenn Chamberlain im letzten Augenblick eine solche Erklärung abgibt. Bislang ist es von englischer Seite immer vermieden worden, den Artikel 431 in einer bestimmten Weise auszulagern. Das ist nunmehr durch Chamberlain geschehen, und zwar in einer so scharfen Fassung, wie man sie auch von Frankreich nicht gewohnt war. Man wisse noch nicht, was Chamberlain veranlaßt habe, diese Erklärung abzugeben. Sollte die englische Regierung meinen, hiermit einen Druck in der Reparationsfrage ausüben zu können, so würde das ein vergebliches Bemühen sein. Die deutsche Regierung sei nicht geneigt, irgendwelche Zugeständnisse zu machen, um eine beschleunigte Räumung des Rheinlandes herbeizuführen. Der Rede Chamberlains müsse entgegengehalten werden, daß Deutschland alle seine Verpflichtungen aus dem Versailles-Vertrag erfüllt habe. Die Dawes-Regelung, auf die sich Chamberlain hauptsächlich beziehe, sei nicht nur ein Versprechen, sondern enthalte für die Alliierten ganz bestimmte Sicherungen. Man könne deshalb nur schwer verstehen, was Chamberlain mit seiner Rede eigentlich bezwecken wolle. In Artikel 431 des Versailles-Vertrages heiße es, daß, wenn Deutschland vor Ablauf von 15 Jahren seine Verpflichtungen erfüllt habe, die Alliierten das Rheinland räumen würden. Daß Deutschland nicht in der Lage sein würde, innerhalb von 15 Jahren die gesamten Reparationszahlungen zu leisten, habe jeder wirtschaftlich vernünftig denkende Mensch von vornherein eingesehen.

Wenn Artikel 431 des Versailles-Vertrages also irgend einen Sinn haben solle, so müsse er heute in der Weise ausgelegt werden, daß die Räumung der Rheinlande nunmehr stattfinden müsse. Im zweiten Bande der Erinnerungen Wilsons spreche der Sekretär Wilsons, Barker, davon, daß Lloyd George und Wilson sich von Anfang an den Bestrebungen entgegensetzten, daß das Rheinland 15 Jahre besetzt werden sollte. Sie hätten erst nachgegeben, als sich Frankreich mit der Auslegung des Artikels 431 in dem oben beschriebenen Sinne einverstanden erklärt hatte. In diesem Sinne wird in Berlin auf die vor einiger Zeit von dem englischen Schatzminister Churchill im Unterhaus abgegebene Erklärung verwiesen. Alles in allem genommen, könnten Chamberlains Erklärungen nur so ausgelegt werden, daß Chamberlain der Auffassung sei, daß die Rheinlandsfrage und das Reparationsproblem aufs engste miteinander verknüpft seien. Die Meldung des „Lemps“, daß die deutsche Regierung mit einer Erneuerung der Sachverständigen durch die Repro einverstanden sei, wird von zuständiger Berliner Seite als falsch bezeichnet. Die Verhandlungen in dieser Frage dauern zurzeit noch an.

Chamberlain im französischen Fahrwasser

London, 5. Dez. Die Erklärungen Chamberlains im Unterhaus, daß Deutschland aus dem Artikel 431 des Versailles-Vertrages keinen rechtlichen Anspruch auf eine vorzeitige Räumung des Rheinlandes herleiten könne, da es seinen Reparationsverpflichtungen noch nicht vollständig nachgekommen sei, werden von dem diplomatischen Mitarbeiter des „Daily Telegraph“ der Erklärung Churchills vom vorigen Monat gegenübergestellt. Der Schatzkanzler habe damals ausdrücklich die Auffassung abgelehnt, daß die Räu-

mungsfrage mit der Reparationsfrage irgendwie zusammenhänge.

Die Auffassung des Außenministers werde von den französischen Juristen einmütig unterstützt, während die Ansicht der britischen Juristen geteilt sei. Die große Mehrheit der Letzteren scheine jedoch die Ansicht des Schatzkanzlers zu teilen. Die These Churchills werde überdies unterstützt durch das vielerörterte Schriftstück, das während der Friedenskonferenz im Jahre 1919 von Lloyd George, Wilson und Clemenceau unterzeichnet wurde, ferner auch durch die von dem obersten alliierten Rat zur gleichen Zeit an die deutsche Abordnung gerichtete Note. Allerdings bleibe die Tatsache bestehen, daß, solange die Ansichten der Alliierten über die Rechtslage auseinandergingen, Fortschritte nicht erzielt werden könnten, da für die Durchführung des Art. 431 Einstimmigkeit notwendig sei. Chamberlain sei daher flug gewesen, als er eine Regelung auf praktischer Grundlage befürwortete, da auf diesem Wege eine schnellere Entscheidung zu erzielen sei, als auf rechtlicher Grundlage. Bei der nächsten Zusammenkunft Chamberlains, Briand und Stresemanns werde die Angelegenheit zweifellos erörtert werden. Die „Daily Express“ weist in einem Leitartikel darauf hin,

daß in der ganzen Frage kein Fortschritt erzielt werden könne, solange sich Sir Austen Chamberlain mit solchen juristischen Haarpalieren befaße.

Wenn Chamberlain mit der Darlegung solcher juristischen Spitzfindigkeiten aufhöre und die britischen Truppen vom Rhein zurückziehe, dann werde er der europäischen Annäherung einen großen Dienst geleistet haben.

Das Programm der bevorstehenden Ratstagung in Lugano

Paris, 4. Dez. In französischen diplomatischen Kreisen glaubt man, daß neben den Privatgesprächen zwischen Briand, Chamberlain und Stresemann auch die politischen Unterhaltungen in größerem Kreise stattfinden dürften, an denen die fünf Großmächte, Deutschland, England, Frankreich, Italien und Japan, teilnehmen werden. Der wichtigste Gegenstand der Kullissenverhandlungen werde aber die Besprechung über eine vorzeitige Rheinlandräumung und die Einsetzung der Feststellungs- und Verhältnungs-Kommissionen sein. Die französische Regierung soll die Absicht haben, die Lebensdauer der Kommission nicht begrenzen zu lassen. An den Beratungen von Lugano in der Rheinlandsfrage wird die belgische Regierung nicht teilnehmen, da sie im Völkerbundsrat nicht vertreten ist. Umso verständlicher ist es, daß der belgische Botschafter in Paris während seiner Montagunterredung mit Außenminister Briand seine Auffassung über die vorzeitige Räumung des Rheinlandes auszusprechen hat, wobei es auch der Erwähnung bedarf, daß Belgien und Frankreich die Rheinlandsfrage vom gleichen Gesichtspunkt betrachten.

Ein Regentschaftsrat in London.

London, 4. Dez. Der König hat eine ruhigere Nacht verbracht. Besuche der Ärzte während der Nacht waren nicht erforderlich, weil einer der Leibärzte jetzt dauernd ins Schloß übergesiedelt ist, um bei bedrohlicher Zuspitzung der Herzschwäche sofort eingreifen zu können. Der heutige Krankheitsbericht stellt fest, daß zwar die leichte Besserung, die gestern abend festgestellt wurde, „vorläufig angehalten habe“, daß aber der Zustand des Herzens weiterhin Besorgnis erzeuge. Heute nachmittags um 4 Uhr wurde ein Krankheitsbericht ausgegeben, wonach die Temperatur des Königs trotz seines ruhigen Vormittags im Steigen begriffen sei. Das Allgemeinbefinden sei gegen heute vormittag unverändert. Die medizinischen Mitarbeiter der Blätter sehen heute

auseinander, daß der Rückgang des Fiebers nicht durch eine nachhaltige Besserung der ursprünglichen Krankheit des Königs, sondern wahrscheinlich durch die weitgehende Herzschwäche verursacht worden sei. Untertemperatur ist bisher nicht festgestellt worden.

Der Daily Telegraph meldet, daß die englische Regierung die Ernennung einer Kommission in Erwägung ziehe, die während der Krankheit des Königs die Regierungsgeschäfte wahrnimmt, da der König nicht in der Lage sei, wichtige Staatspapiere zu unterzeichnen. Bereits vor einigen Jahren wurde während einer ernstlichen Erkrankung des Königs und seiner nachfolgenden Reise nach dem Mittelmeer eine derartige Kommission, bestehend aus Prinz Henri, dem Premierminister, dem Vord-Kanzler und dem Erzbischof von Canterbury, ernannt.

Die Einsetzung dieses Regentschaftsrates erfolgt, wie die Fröhen-Ausgaben der Abendblätter melden, weil der König nicht mehr fähig ist, auch nur noch eine einzige Unterschrift zu erteilen. Diese Angabe läßt darauf schließen, daß die Herzschwäche zur Zeit einen äußerst gefährlichen Grad erreicht haben muß. Im Unterhaus teilte Baldwin mit, daß heute vormittag am Bett des Königs eine Sitzung des Staatrates stattgefunden hätte, in welcher als Vertreter des Königs die Königin, der Prinz von Wales, der Herzog von York, der Erzbischof von Canterbury, der Vordkanzler und der Premierminister als Regentschaftsrat mit der Stellvertretung des Königs beauftragt worden seien.

Ein Betrug an den kleinen Sparern?

Zweifelhaft: Finanzgesellschaften in Frankreich.

Paris, 3. Dez. Das französische Gericht beschäftigt sich seit einigen Tagen mit der Angelegenheit einer französischen Wochenschrift „La Gazette du Franc“, der Beilage der „Gazette des Nations“, die sich ernstlich um eine Wiederausführung in Europa bemüht. Diese „Gazette du Franc“ wird geleitet von Frau Martha Hanau, die neben der Wochenschrift fünf Finanzgesellschaften gegründet hat mit einem Kapital von rund zehn Millionen Franken. Diese Gesellschaften wenden sich an die kleinen Sparer und stellen ihnen für Einlagen 8 Prozent und die Möglichkeit eines Gewinnes bis zu 40 Prozent in Aussicht. Einige Blätter haben auf dieses seltsame Versprechen hingewiesen, und die Folge war, daß das Gericht eine inoffizielle Untersuchung über das Geschäftsgeheim der genannten Gesellschaften einleitete. Die Untersuchung ist noch nicht abgeschlossen und man muß sich deshalb des Urteils enthalten. Die Tatsache, daß sich seit gestern die ganze Presse mit der Angelegenheit beschäftigt, zwingt jedoch von ihr Kenntnis zu nehmen. Auf den ersten Blick, so schreibt Blum im „Populaire“, habe die Angelegenheit eine gewisse Ähnlichkeit mit dem Fall Rochette, doch sei es wohl möglich, daß die Regierung und die öffentliche Meinung durch die Großbanken alarmiert wurden, die sich darüber beunruhigen, daß ihre Agenten im Lande auf die starke Konkurrenz der Unternehmen Hanau gestoßen sind. Bis jetzt ist noch nicht bekannt geworden, daß irgendwelchen Leuten, die Geld gaben und die Rückzahlung ihrer Einlagen forderten, dies verweigert wurde. Man darf gespannt sein, wie sich die Angelegenheit, die großen Staub aufgewirbelt hat, weiter entwickelt.

Passive Resistenz der österreichischen Postbeamten

Die Auswirkungen des passiven Widerstandes bei der österreichischen Post.

Wien, 4. Dez. (Zuspruch.) Bundeskanzler Dr. Seipel empfing nach seiner Rückkehr aus Innsbruck den Generalpostdirektor, um mit ihm die durch den passiven Widerstand geschaffene Lage zu besprechen. Nach dieser Aussprache empfing der Generalpostdirektor die Vertreter der Post- und Telegraphen-Gewerkschaften. Die Besprechung, die längere Zeit dauerte, brachte keinerlei Änderung der Lage. In Kreisen der Postangestellten ist das Gerücht verbreitet, daß die Regierung die Anwendung von Disziplinarmaßnahmen zum Zwecke der Bekämpfung des passiven Widerstandes plant. Die Personalvertreter erklären, daß die Anwendung solcher Mittel nur zu einer Verschärfung des Streiktes führen würde. Im übrigen ist die Stimmung unter den Postangestellten zuversichtlich. Man erwartet von den Verhandlungen der parlamentarischen Parteien einen Fortschritt.

Bis in die Abendstunden hinein hatten sich auf dem Wiener Hauptpostamt Rückstände von rund 700 000 Postsendungen als Folge des passiven Widerstandes angeammelt. Die Sonntag-Nachricht des Bundeskanzlers in Innsbruck wird von den Postangestellten mit Besorgnis aufgenommen, hauptsächlich deshalb, weil der Bundeskanzler den Angelegtesten Dinge nachsagte, die sie nicht beabsichtigen. Der Bundes-

Byrd auf dem Wege zum Südpol

Newyork, 5. Dez. Der Dampfer „Eleanor Bolling“ hat mit Commander Byrd und fünfzig weiteren Personen an Bord, sowie einem kleineren Schiff im Schlepptau den Hafen von Wellington in Neuseeland verlassen. Commander Byrd beabsichtigt, zunächst an der Grenze des antarktischen Eises eine Operationsbasis einzurichten.

In wenigen Worten

In allen Industriezweigen des Ruhrgebietes sind die Arbeitnehmer durch Anschläge und persönliche Benachteiligung zur Wiederaufnahme der Arbeit aufgefordert worden.

Der Auslegung des Artikels 431 des Versailles-Vertrages am Montag durch den englischen Außenminister Chamberlain hat in Berliner politischen Kreisen größtes Erstaunen hervorgerufen.

Die Ausstellung für Verkehrswerbung der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft im Auslande wurde Dienstagvormittag durch Generaldirektor Dr. Dormmüller eröffnet.

Die Lage der Parteistandsbeamten wurde Dienstag vor dem Haushaltsausschuß des Reichstages verhandelt.

Das Jahr der Natur-Katastrophen

300 Tote bei dem chilenischen Erdbebenunglück. London, 4. Dez. (Funkdruck.) Nach den letzten Meldungen beträgt die Zahl der bei dem chilenischen Erdbeben ums Leben gekommenen Personen über 200. Einzelne Gerüchte sprechen von 250. Die Zahl der Verletzten wird auf mindestens 500 beziffert.

Einige Städte sind fastlich von der Erdoberfläche verschwunden.

Überall hatten besondere Truppenabteilungen die Ordnung aufrecht, doch ist es bisher nirgends zu irgendwelchen Unruhestörungen gekommen, da die Androhung der Todesstrafe im Falle von Plünderungen von der Bevölkerung respektiert wird. Ein Augenzeuge aus Talca, der vom Erdbeben am schwersten betroffenen Stadt, berichtete nach seiner Ankunft in Santiago, daß es den Anschein hatte,

als werde die ganze Stadt in die Höhe gehoben.

Darauf seien sofort die Erdstöße entstanden, die ganze Häuser begruben, so daß alle Bewohner, die sich nicht rechtzeitig in Sicherheit bringen konnten, lebendig begraben oder durch einstürzende Gebäude getötet wurden. Das Beben war von furchterlichem unterirdischen Donnern begleitet. Ein notdürftig hergerichteter Verbandsplatz für die erste Behandlung der Verwundeten wurde zerrissen und die meisten der Insassen getötet.

Die vorläufige Endziffer des Erdbebenunglücks in Chile beläuft sich auf 300 Tote und 500 Verwundete. Die Städte Constitution und Talca sind vollkommen, andere Ortschaften teilweise zerstört. Der Sachschaden beläuft sich auf 100 Millionen Dollar.

Die Uberschwemmungen in Atrachan.

Kowno, 5. Dez. Wie aus Moskau gemeldet wird, hält das Hochwasser in Atrachan weiter an. Die halbe Stadt Kalarat ist überschwemmt. Die Bevölkerung mußte von Truppen gerettet werden. 600 Häuser stehen unter Wasser. Auch Menschenopfer sind zu beklagen. Die Regierung hat eine besondere Kommission für die Hilfeleistung verlangt und eine Million Rubel verteilt.

Deutscher Reichstag

Fortsetzung der Aussprache über die Not der Landwirtschaft. 25. Sitzung.

Berlin, 4. Dezember 1928.

In der Dienstaussprache, die um 13 Uhr eröffnet wurde, gab es zunächst eine lebhafte Geschäftsordnungsdebatte. Es handelte sich um die Verteilung der Ausschüsse. Bisher wurde einmal im Jahre nach Zusammentritt des Reichstages im Herbst eine Verteilung der Ausschüsse vorgenommen. Diesmal ergaben sich Schwierigkeiten, da die zahlreichen Splittergruppen sich erst zögernd entschlossen, Anschluß zu suchen. Infolgedessen mußten mehrfach Änderungen in der Ausschüssebesetzung vorgenommen werden. Es wurde schließlich beschlossen, daß nur einmal im Jahre im Herbst eine Verteilung der Ausschüsse vorgenommen werden soll. Das Haus setzte dann die Aussprache über die Notlage der Landwirtschaft fort. Die Zahl der Anträge ist inzwischen auf 150 angewachsen.

Abg. Freybe (Wirtschaftsp.) forderte die völlige Aufhebung der Einfuhr von zollfreiem Getreidefleisch. Die Not der Landwirtschaft sei eine Folge der verkehrten Wirtschaftspolitik. Die Zollerhöhung für Zucker sei zu begrüßen, aber sie dürfe nicht zu einer Preisbeschränkung für die Großindustrie werden.

Abg. Tanzen (Dem.) ist der Meinung, daß der deutschen Landwirtschaft nur geholfen werden könne, wenn sich die Landwirte selbst verständigen und über die Parteien hinweg die Landwirtschaftspolitik nach rein sachlichen Gesichtspunkten treiben. Andererseits muß die Landwirtschaft einscheiden, daß sie nur in Verbindung mit allen anderen Wirtschaftsgruppen vorwärts kommen kann.

Die Grundlügen der Landwirtschaft sind noch gesund, aber die Gefahr für ihre Existenz war noch niemals so groß wie jetzt.

Mit Völlen allein sei der Landwirtschaft nicht zu helfen. Solange aber an den europäischen Grenzen, die zum Ruhest Europa um 1300 Kilometer verlängert worden sind, noch Zölle bestehen, könne Deutschland nicht eine Dase der Zollfreiheit bilden. Der Redner wendet sich gegen jede Zwangswirtschaft, auch gegen den Plan eines Getreidemonopols. Die Standardisierung müsse regional durchgeführt werden. Dazu pessimistisch sei die landwirtschaftliche Verschuldung

nicht anzusehen. Die deutsche Landwirtschaft kann die Risiken tragen, wenn der Staat ihr entgegenkommt.

Abg. Dr. Horlacher (W.P.) weist auf die wirtschaftliche Bedeutung der Landwirtschaft hin, die sich in einer Massen-erzeugung äußere, die allein an Vieh, Fleisch und Speck über neun Milliarden Mark jährlich beträgt.

Abg. Schmidt-Cöpenick (Soz.) warnte vor einer Ueber-treibung der landwirtschaftlichen Not. Durch die Durchfüh-rungsergebnisse ist nachgewiesen worden, daß die Fidei-ommisse sehr gut wirtschaften. Man glaubt in der Allge-meinheit nicht mehr an die Rechnungen, nach denen die Güterbesitzer Jahr für Jahr zuschießen müssen. Durch die Bauerndemonstrationen dürfe man sich nicht verblüffen las-sen. Wenn es zu toll werde, dann werde die Arbeiterkassette sich einmal überlegen, was dagegen zu tun sei.

Die Sozialdemokratie lehnt eine Erhöhung der Getreidezölle ab.

Ist aber für einen höheren Zunderzoll zu haben, wenn dadurch der Zucker für den Verbraucher nicht verteuert wird. Zur Stabilisierung der Preise forderte der Redner ein Getreide-moropol.

Reichsernährungsminister Dietrich

beantwortete darauf zunächst die Interpellation zugunsten des Weinbaues. Er wies darauf hin, daß die Finanzämter von sich aus nach Eingehen der ersten Nachrichten über die Frostschäden bereits Steuererleichterungen gewährt hätten. Wegen geringen Einkommens und Vermögens seien die Winger von den Reichssteuern großen Teils überhaupt be-freit. Die Zinsen der Wingerkredite wurden zunächst bis zum 31. Dezember gestundet. Um für die Zukunft große Frostschäden nach Möglichkeit auszuschließen, sei im Ein-vernehmen mit den Ländern ein Ausschuss eingesetzt worden, dem die Bearbeitung aller die Frostabwehr betreffenden Fragen obliegt. Der Ausschuss schlägt bereits schon für das kommende Frühjahr in besonders bedrohten Weinbaugebie-ten großzügige Versuche zur Frostabwehr durch Beräucherung vor. Im ganzen gesehen, so erklärte der Minister, ist die Weinernte 1928 als recht befriedigend anzusehen. Trotzdem sind die Schäden, die einzelne Gebiete infolge des Frohes erlitten haben, noch immer sehr beträchtlich. Der Minister stellte fest, daß er sich im Einvernehmen mit dem Reichsfinanzminister aber angesichts der Finanzlage des Reiches nicht in der Lage sehe, für die betroffenen Gebiete neue Hilfsmassnahmen zu treffen.

Wegen der Rückzahlung der am 31. Dezember fälligen 30 Millionen Wingerkredite sehe er mit dem Reichs-finanzenminister in Verhandlungen.

Die bisherige Art der Unterstützung der Winger kann schon allein aus finanziellen Gründen nicht mehr fortgesetzt werden. Sie entspricht auch nicht dem richtig verstandenen In-teresse des Weinbaues.

Der Weinbau muß sich auf eigene Füße stellen.

Ich bin bereit, die Wege zum Zusammenschluß der Winger in Genossenschaften ebnen zu helfen und werde den Rest des Weinverdrittels, der mir in Höhe von 500 000 RM. noch zur Verfügung steht, zu diesem Zweck verwenden.

Der Minister ersucht um Ablehnung des wirtschafts-parteilichen Antrages auf Abänderung der Getreide-fleischverordnung.

Er stimmt mit dem sozialdemokratischen Redner damit über-ein, daß die Subvention aufhören müsse. Man könne aber kaum von Subventionen sprechen, wenn Kredite zu Zins-sätzen gegeben werden, die die Landwirtschaft erschwingen kann. Die verfallenden Landwirte werden eingesehen ha-ben, daß Demonstrationen zwecklos sind.

Abg. Willken (Nat.-Soz.) beginnt eine Rede unter gro-ßer Heiterkeit mit der Anrede: „Deutsche Volksgenossen“. Als der Redner erklärte, ein Staat, der einen so hohen Zinsfuß dulde, sei ein Wucherstaat, erhält er einen Or-dnungsruf. Die Kreditwürdigkeit der Landwirtschaft müsse wiederhergestellt werden.

Abg. Reddenriep (Christl. Nat. V.P.) bezweifelte den wahren Willen des Reichstages, dem deutschen Bauer zu helfen.

Eine Vertagung der Rheinbrückenfrage

Im Reichstag ist eine Zentrumsinterpellation einge-gangen, in der es heißt: Beglaubigten Nachrichten zufolge hat die französisch-bel-gische Feldzeugsabkommission deutsche Anträge auf den Neubau von drei festen Rheinbrücken, die auch Bahnhofs-erweiterungen betreffen, dahin beschieden, daß die endgültige Antwort auf diese Frage vertagt werden müsse, bis die

Gesamtprüfung der rheinischen Eisenbahnen durch die Bol-schafkonferenz beendet sei. Wir fragen an: Was gedenkt die Reichsregierung angesichts dieser Sachlage zu tun, um die hiermit gegebene unerträgliche Beeinträchtigung der im Interesse der Weltwirtschaft unbedingt notwendigen Ent-wicklung des Verkehrswezens am Rhein wirksam zu be-gleiten.

Die Anturbelung der Metallindustrie Nordwest

Essen, 5. Dezember. In allen Industriebezirken des Ruhrgebiets sind die Arbeitnehmer durch Anschläge und per-sönliche Benachteiligung zur Wiederaufnahme der Arbeit am Dienstag vormittag aufgefordert worden, und zwar mit demselben Schichtbeginn wie vor der Ausperrung. Die Friedrich Krupp AG. in Essen hat am Dienstag früh die Arbeit in den mechanischen Werkstätten aufgenommen, nach-dem bereits am Montag in den Kesselbetrieben zur löstän-digen Vorbereitung der Arbeit die Arbeitnehmer wieder ein-gestellt waren.

In Mülheim-Ruhr wurden auf der Friedrich Wilhelm-Hütte die Arbeiter in den Maschinenabteilungen wieder eingestellt, so daß hier seit dem gestrigen Dienstag der Betrieb wieder in vollem Gange ist. Etwas länger dauert die Arbeitswiederaufnahme in den Hochofen. Bis Ende der Woche werden aber auch hier alle Arbeiter wieder beschäftigt sein. Ebenso vollzieht sich die Einstellung der Arbeiter im Stahlwerkbetrieb der Abteilung Thyssen. Bei der Deutschen Maschinenfabrik ist der größte Teil der Arbeiter bereits wie-der tätig. Der Rest künat am Mittwoch an. Ebenso ist bei den Siemens-Schuckert-Werken der Betrieb seit Dienstag früh wieder im Gange.

Im Duisburger Bezirk hatten die großen Werke bereits am Montag mit der Wiederaufnahme der Arbeit begonnen, nachdem in einzelnen Hochofenbetrieben bereits in der Sonntagnacht Arbeiter eingestellt worden waren. Bei Krupp-Rheinhausen waren am Montag 300 Mann wieder einge-stellt. Am Dienstag werden 600 Mann anfangen. Den Rest hofft man am Mittwoch beschäftigen zu können. Bei den Rheinischen Stahlwerken in Weidloch wurden 100 Mann aufgenommen. Die Einstellung wird fortgesetzt. In den nächsten Tagen wird auch hier die Gesamtbelegschaft wieder arbeiten. Die Aktiengesellschaft Vulkan hat ihre Kokerie wieder in Betrieb gebracht. Bei den Vereinigten Stahlwerken in Ruhrort müssen zunächst die Hochofen wie-der bereitgestellt werden. Die Niederrheinische Hütte hat einen Teil der Arbeiter bereits wieder anfangen lassen. Die Ankerhütte wird bis Mittwoch genügend Arbeiter an-gestellt haben, um den Betrieb wieder laufen zu lassen. Die übrigen Maschinenfabriken haben am Dienstag mit der Ar-beit begonnen.

Im Gelsenkirchener Bezirk arbeitete am Dienstag der größte Teil der Belegschaften wieder. So haben bei den Vereinigten Stahlwerken (Schalker Verein) etwa 40 v. H. der Arbeiter bereits am Montag ihre Tätigkeit aufnehmen können. Auf den Hochofen der Vereinigten Stahlwerke, Ab-teilung Gelsenkirchen, arbeiten bereits über 2500 Mann. Bei den Vereinigten Kesselwerken „Grange“ sowie bei Köp-perbusch u. Ehne rechnet man damit, daß am Freitag der gesamte Betrieb wieder läuft. Hier verzögert sich die Ar-beitsaufnahme etwas wegen der notwendigen allmählichen Ermärmung der Ofen. Am Dienstag früh wurden wieder eingestellt die Belegschaften der Mannesmann-Höhrenwerke und der Guten Hoffnungshütte, Abteilung Gelsenkirchen-Duer. In allen diesen Betrieben rechnet man mit der voll-sten Wiedereinstellung der Belegschaften.

In Bochum zeigt sich daselbe Bild. Eine fast geschlossene Arbeitswiederaufnahme erfolgte am Dienstag früh in der weiterverarbeitenden Industrie, während die Hochofen- und Hüttenbetriebe erst in den nächsten Tagen wieder in Be-trieb genommen werden. Bei dem Bochumer Verein sind heute schon 2000 Mann bei der Arbeit. Das Walzwerk wird wahrscheinlich am Freitag in Betrieb gesetzt.

Arbeitslosenunterstützung für die Nichteingestellten Arbeitnehmer

Essen, 5. Dez. In der Frage der Unterstützung für die Ausgesperrten in der Gruppe Nordwest bis zu der Zeit, in der die erste Lohnzahlung wieder einsetzt, hat die Reichs-versicherungsanstalt folgende Entscheidung getroffen:

Da naturgemäß die Aufhebung der Aussperrung durch den Arbeitgeberverband Nordwest zunächst nur die Wieder-einstellung eines Teils der Belegschaften bedeuten kann, ist es unausweichlich, daß ein großer Teil der Ausgesperrten erst nach Ablauf einer gewissen Zeit die Arbeit wieder auf-

Der Ruß Eine humoristische Schubert-Novelle

Von Matthäus Kerster

Mit Essen, Spiel, Musik und Tanz verging der Tag fast allzu schnell, und als es gegen Abend süßen Wein und ledere Brötchen gab, stieg die Ausgelassenheit auf den Gipfel. Und da geschah es, daß Anna Fröhlich plötzlich Schuberts gedachte.

„Jesse,“ rief sie in tomistischem Entsetzen, „da habe ich den Schubert herbestellt, damit er sich den Chor anhöre. Und nun ist alles verschwigt. Hat der arme Kerl vielleicht Stunden umsonst gewartet!“

„Warten?“ rief Pepi. „Der Schubert-Franz und warte?“ Da kennt ihr ihn schlecht. Er wird wohl irgendwo das neue gute Bier versucht haben.“

Das leuchtete allen ein, und fast hätte man ihn wieder vergessen. Da sagte Anna, die das Gewissen wohl zwachte, vielleicht auch schon ein Gläschen mehr getrunken hatte, als einer stämmigen Jungfrau antiechen mochte: „Schön ist sein Ständchen, Gosmar. Nicht wahr? Man muß den Schubert geruhhaben, ob man will oder nicht. Und wenn ich könnt, mücht' ich ihm jetzt was recht Liebes tun.“

„So geben's ihm, wenn Sie ihn sehen, den Ruß, den Sie ihm geben wollten, als er am Klavier stand,“ spottete Schwind.

„Sei net frech, Cherubin,“ entgegnete Anna. „Warum soll's gerade ich sein? Gibt es nicht Hübschere, von denen ihm ein Ruß mehr Spaß machen würde als von mir altem Tratschen.“

„Wißt ihr was?“ rief Schwind und stand auf, als wolle er eine Rede halten. „Wir wollen eine Lotterie veranstalten und Schubert verlosen. Wer gewinnt, darf ihm einen Ruß geben!“

Mit Lachen, Ritzern und einiger Verlegenheit wurde der Vorschlag angenommen; Schwind entwickelte nun seinen Plan. Es sollten so viele Lose gemacht werden, als Mädchen da seien, alle weiß bis auf eines, das ein rotes Herz trage. Wer das ziehe, müsse dem Komponisten einen Ruß geben.

„Aber,“ fuhr er fort, „Schubert darf von der Lotterie

nichts erfahren, sonst bringen ihn keine zehn Pferde mehr in eine Gesellschaft. Und dann zweitens darf keine der Losenden einer andern zeigen oder sagen, was sie gezogen hat. Darum müssen alle Zettel nach der Ziehung sofort verbrannt werden.“

Man erklärte sich einverstanden und schwor lachend, die beiden Hände erhoben, einen feierlichen Eid ewigen Stillschweigens.

Rasch wurden nun die Lose geschnitten. Schwind zeichnete mit dem Stift auf eines der Lose ein großes Herz, und da ihn gute Laune trieb und die Mädchen noch eine Urne zum Ziehen suchten, Schuberts bebrillten Lokentopf, der von einem Mädchen geküßt wird, in das Herz. Als er fertig war und ausblickte, kam der Baron mit der Komtesse Esterhazy gerade auf ihn zu. Verblüfft betrachtete der Maler die Zeichnung, die er eben vollendet hatte, und fand zu seinem Entsetzen, daß der Mädchenkopf die Züge der jungen Komtesse trug.

Rasch faltete er das Blatt zusammen und steckte es in die Urne.

Nun begann die Ziehung. Schwind beobachtete die Gesichter. Neugier und Spannung wandelten sich in Enttäuschung, wohl auch Erleichterung. Die Komtesse nestelte an ihrem Nieder und suchte ihr Tuch. Dann warfen alle die Lose in ein rasch angezündetes Feuer. Schwind sah es, als habe die Komtesse röttere Wangen als zuvor. Aber sie schritt so sicher und beherzt zum Feuer, als wäre nichts geschehen. Und doch hätte er schwören mögen, ihr sei das Herz mit ihrem eigenen und Schuberts Bild in die Hand gefallen.

Wer hatte nun das Los gezogen? — Man sah sich lachend an; jede hätte ein Fingerlied um das Geheimnis gegeben. Und merkwürdig! Nun war es plötzlich, als erwachten alle aus einem Rausch. Der Scherz, der so lustig begonnen hatte, bekam eine Wendung ins Schicksalhafte, daß aller Uebermut verschwand. So war es gut, daß die Zeit zum Ausbruch kam. Man küßte sich noch einmal auf Mund und Wangen, nahm zärtlich Abschied und bestieg die Wagen. Erst draußen in der warmen Sommernacht erwachte wieder die volle Lustigkeit; singend und scherzend fuhr man nach Wien zurück.

Dort ging das Leben den alten Gang. Aber der ver-loste Ruß ließ die kleine Musikgesellschaft nicht zur Ruhe

kommen. Die ungestillte Neugier, zu erfahren, wer das Herzlos gezogen habe, war stärker als die Bindung durch das Versprechen, nichts anzuplaudern und nach der Gewinnerin nicht zu forschen. Wo zwei oder drei Sängerinnen zusammenkamen, sprachen sie von der Landpartie, und jede versicherte, mit Recht, daß sie ein weißes Blatt gezogen habe. Und da eine das gleiche von dieser, die andere von jener wußte, und jede schwor, daß sie die Wahr-heit sage, so konnten sie bald zusammenrechnen, daß alle bis auf eine weiße Lose gezogen hatten.

Und diese eine wagte doch keine der Freundinnen zu fragen. War es möglich, daß...?

Na, dann konnte Schubert lange auf den Ruß warten. Vielleicht aber hatte doch eine die Wahrheit nicht gesagt und das Herzlos nur verleugnet, um nicht verläßt zu werden. „Ich würde mich nicht selbst verraten,“ dachte jede im heimlichen. So gingen die Vermutungen hin und her, ohne daß etwas herauskam.

Als Schubert bald darauf zu den Schwestern Fröhlich kam, wurde er von Pepi ausgezankt, weil er nicht mit nach Döbling gekommen war.

„Ich hab's vergessen,“ entschuldigte er sich lächelnd. „Vergessen? Ein Musiker vergessen, daß ein Wert von ihm aufgeführt wird?“ schalt sie. „Hören Sie, Schubert! Sie vergessen noch, in den Himmel zu kommen. Und was dann?“

„Dann,“ jagte Schubert lächelnd, „würde ich den heil-igen Petrus bitten, er möcht' mir doch auf einen Augen-blick die weiland Pepi Fröhlich und jetzigen Engel Sanft Josepha ans Tor rufen.“

„Und wenn ich käme?“

„Dann würde ich selbigen Engel bitten, er soll dem heiligen Schlüsselwächter ein Paar recht liebe Augen-linien machen, daß er dem armen Musikanten das Himmelstor ein bißchen aufschließe.“

„Und wenn's im Himmel drin sind?“

„Ja, wenn ich dann drin bin, gib ich zuerst dem liebsten schönen Engel Pepi, will sagen Sanft Josepha, zum Dank einen Ruß und...“

nehmen kann. Diese Arbeitnehmer werden, soweit sie mindestens sieben Tage ausgesperrt waren, in die Arbeitslosenversicherung aufgenommen. Für die Arbeiter, die weniger als sieben Tage ausgesperrt waren, tritt die Aufnahme in die Arbeitslosenversicherung am 7. Tage ihrer Arbeitslosigkeit automatisch ein.

Einzelne Werke, wie die Firma Krupp-Ossen, haben beschlossen, bis zur ersten Lohnzahlung den wiedererstellten Arbeitnehmern Erleichterungen zu schaffen durch Zahlung von Lohnvorschüssen, Stundung der Mieten für Werkwohnungen sowie Stundung sonstiger Abzüge.

In allen Gemeinden des Aussperrungsgebietes sind durch die laufenden Unterstützungen Rielenbeträge verausgabt worden. So hat z. B. die Stadt Wülheim a. d. Ruhr mit 13 500 Unterstützten bisher 500 000 Reichsmark zu zahlen. Zu diesem Betrag treten beträchtliche Aufwendungen für Sachleistungen. Die Steueransätze werden für diese Stadt auf etwa 40 000 Mark wöchentlich geschätzt. Die Stadt Duisburg hat im November an durchschnittlich über 20 000 Unterstützte fast eine Million Mark ausgegeben. Vom 1. Oktober infolge der Aussperrung etwa 400 000 Mark Barunterstützung. Sehr viel härter wurde die ohnehin nicht günstigen Etats der Industrie- und Gewerbetreibenden durch die Unterstützungen belastet. Der Kreis Hattingen z. B. mußte wöchentlich allein 84 000 RM. auszahlen.

Der Prozeß der Phosgen-Geschädigten gegen den Hamburger Staat

Hamburg, 5. Dez. Der Prozeß der bei der Phosgen-Katastrophe Geschädigten gegen den Hamburger Staat begann am Dienstagmorgen. Rechtsanwalt Dr. Levy wies auf die Folgen des Explosionsunglücks am 20. Mai hin, das besonders deshalb so schrecklich gewesen sei, weil die Menschen gar nicht gewußt hätten, um was es sich handelte.

Hamburg habe keinen Pfennig gehabt für die, die durch das Unglück geschädigt worden seien.

Abgesehen von geringen Wohlfahrtsunterstützungen in einzelnen Fällen. Auch in Wilhelmshagen habe man sich auf den Hamburger Standpunkt gestellt und seit dem 15. Juni keinerlei Unterstützungen gewährt. Rechtsanwalt Dr. Levy kam dann auf den rechtlichen Standpunkt zu sprechen, der nach seiner Meinung durch den § 131 der Reichsverfassung gegeben sei. Danach habe der Staat die Entschädigungspflicht für alle Verfassungsverletzungen und Unterlassungen seiner Beamten. In Reichsgerichtsentscheidungen werde ausdrücklich gesagt, daß auch das Verbleiben von Amtspflichten gegenüber Dritten — Einzelnen wie auch der Gesamtheit — dabei in Frage käme.

Die Polizei habe ihre Pflicht besonders dadurch verkannt, daß man keine Ueberwachungsanlagen und unterirdische Lagerung vorgeschlagen habe, wie sie doch bei jedem kleinen Benzinquantum vorgeschrieben sei.

Die vorgeschriebene Druckprobe sei lediglich durch Dr. Stolzenberg selbst vorgenommen. Welche Ursachen zur Explosion geführt hätten, sei nicht festgestellt worden. Man könne aber annehmen, daß Ueberhitzung durch Sonnenstrahlen und mangelnde Expansionsfähigkeit des Gases die Ursache gewesen seien.

Dann ergriff Rechtsanwalt Dr. Fersen als Vertreter des klagenden hamburgischen Staates das Wort. Er beschränkte sich auf allgemeine Bemerkungen. So führte er aus, daß der Staat nur für solche Verletzungen und Unterlassungen seiner Beamten verantwortlich sei, die nach dem Staatshaftungsgesetz erfasst werden könnten. Das komme für diesen Fall nicht in Betracht. Das Staatshaftungsgesetz schreibe ausdrücklich vor, welche Pflichten dem Staat gegenüber verlegt sein müssen, spreche aber nicht von Pflichten Dritten gegenüber. Eine Verurteilung des Staates könne nicht erfolgen. Um 3.30 Uhr verkündete der Vorsitzende den Gerichtsbeschluss, daß die Urteilsverfällung am 11. Dezember erfolgen werde.

Wer will Beamter werden?

Neue Richtlinien für die Beamtenlaufbahn.

Am Dienstag hat im Reichsinnenministerium unter dem Vorsitz des Ministers Severing eine Besprechung mit den Beamtenorganisationen über die Laufbahn-Richtlinien stattgefunden.

Diese Richtlinien sehen Bedingungen für den Eintritt in den Vorbereitungsdienst, die planmäßige Anstellung und die Beförderung der Beamten aller Laufbahnen vor. Dazu gehören Bestimmungen über die Schulvorbereitung für jede Laufbahn; für den unteren und einfachen mittleren Dienst soll sie in der Volksschulbildung, für den gehobenen mittleren Dienst in der Unterprima einer neunjährigen höheren Lehranstalt, für den höheren Dienst im Abiturium nebst abgeschlossener Hochschulbildung bestehen. Ferner ist festgelegt, ob eine Anstellungsprüfung stattfinden hat. Sodann werden die Bedingungen für den Aufstieg angegeben. Zu den Beförderungsprüfungen sollen die Beamten nur nach dem dienstlichen Bedürfnis einberufen werden. Es kann sich also nicht jeder melden, sondern er muß warten, bis und ob ihn die Behörde dazu anruft.

In der Sitzung sprach sich der freigewerkschaftliche Allgemeine Deutsche Beamtenbund gegen das Verlangen des Deutschen Beamtenbundes, das Abiturium für den gehobenen mittleren Dienst zu fordern, aus, und plädierte für Obersekundareife. Beide Gewerkschaften verlangten ferner, daß zu den Beförderungsprüfungen sich alle Beamte melden können. Nur dadurch könne dem Prinzip des Aufstiegs Geltung verschafft werden. Daneben müsse besonders tüchtigen Beamten das Aufstiegs aus einer Laufbahn in die nächst höhere ohne Prüfung ermöglicht werden.

Eine wichtige Forderung der Beamtenorganisationen zielt auf die Wiedereinführung der sogenannten Verzahnung ab. Nach Schluß der Aussprache macht Reichsminister Severing den Vorschlag, eine Kommission zu bilden, die sich aus Vertretern der Regierung und der Beamtenorganisationen zusammensetzen soll, um die vorgeschlagenen Wünsche zu prüfen.

Letzte Telegramme in Kürze.

Sittlichkeitskandal in Cottbus.

Cottbus, 4. Dezember. Wie der „Märkische Landesdienst“ aus Cottbus meldet, wurde hier ein Sittlichkeitskandal schimmiger Art durch die Kriminalpolizei aufgedeckt. Die Untersuchung, die noch im Gange ist, hat bereits das Eingekündnis des einen Beteiligten erbracht. Es handelt sich um einen Kolonialwarenhändler Kürsen, der ein Geschäft in der Nähe der zweiten Gemeindegasse hatte. Wie erwiesen ist hat Kürsen seit Jahren schon Schulmädchen durch Süßigkeiten angelockt und sich in schwerster Weise in seiner Wohnung an vielen vergangen. Die Zahl der in Frage kommenden Mädchen steht noch nicht fest, ist aber allem Anschein nach sehr groß. Eine besondere Rolle spielte dabei ein Schwefelpaar Erna und Elfe Behmann, von denen die erstere bereits nebeben Jahre alt ist und wahrscheinlich ihre 13 jährige Schwester Kürsen zugeführt hat. Diese ihrerseits hat weitere Freundinnen mit Kürsen bekanntgemacht. An Verbindung

damit wird noch der Name eines Vollagenten Nabitsch genannt.

Tötung auf Verlangen.

Dierfeld, 5. Dez. In der Nacht zum 30. November war am westlichen Ufer des Rhein-Herne-Kanals der Lehrling Grob aus Dierfeld erschossen aufgefunden worden. Die Oberhausener Kriminalpolizei hat auf Grund der Aussagen des Lehrlings Ritter festgestellt, daß kein Selbstmord, wie man ursprünglich angenommen hatte, sondern Tötung auf Verlangen vorliegt. Aus Furcht vor der Strafe hatten die beiden jungen Leute beschlossen, gemeinsam in den Tod zu gehen. Ritter brachte zunächst dem Grob den tödlichen Schuß bei, dann folgte ihm aber der Mut zum Selbstmord.

Der Lawinnenebergang am Arlberg.

Die Straße von neuem gesperrt.

Buchs, 5. Dez. Eine in der Nacht auf Montag in Längen am Arlberg niedergelagene Lawine hat den dortigen Güterschuppen weggerast. Das Stationsgebäude liegt bis zum Dach in den Schneemassen. Der Stredenhof von Bludenz, der von der Lawine überflutet wurde, ist verlegt. Auch zwischen Dalaris und Danßen ist eine große Lawine niedergelagert, die das Bahngleise auf eine Strecke von 150 Metern überflutete. Der Schnellzugverkehr wird über München-Bregenz umgeleitet; der Lokalverkehr ist vollständig eingestellt, da ein Umsteigen unmöglich ist. Ein Zug, der seit 24 Stunden an der Station Wald am Arlberg steht, konnte noch nicht freigegeben werden. Die Reisenden, die sich in dem geheizten Zuge befinden, können sich von der nächsten Ortschaft aus verpflegen. Auch die Arlbergstraße ist wegen Lawinengefahr gesperrt.

17 Todesopfer beim Absturz des brasilianischen Flugbootes.

London, 5. Dez. Wie aus Rio de Janeiro gemeldet wird, sind bei dem Flugzeugunglück 17 Personen ums Leben gekommen. Ein Augenzeuge berichtete, daß das Flugzeug in einer Höhe von etwa 100 Meter in Gefahr kam, mit einer anderen Maschine zusammenzustoßen. Der Führer riß das Steuer herum, wobei infolge der außerordentlichen Belastung ein Flügel des Flugzeuges abbrach. Der Absturz war unvermeidlich. Beim Aufschlagen auf Wasser ereignete sich dann die Explosion. Nur der Mechaniker konnte lebend geborgen werden, verstarb aber auf dem Transport ins Krankenhaus. Die Festlichkeiten zu Ehren des brasilianischen Kustioniers Santos Dumont, zu deren Teilnahme das verunglückte Flugzeug eine Anzahl führender Persönlichkeiten nach Rio bringen wollte, sind infolge des Unglücks auf unbestimmte Zeit verschoben worden.

Baden.

Der neue Schlichter für Süddeutschland.

Karlsruhe, 5. Dez. Nach einer Meldung aus Berlin scheiden die bisherigen Schlichter für Württemberg und Baden, Ministerialrat Schmuider im württembergischen Wirtschaftsministerium in Stuttgart und Landrat Stehle in Karlsruhe mit Ablauf des Jahres aus ihren Ämtern aus. Der bisherige Vorsitzende des Schlichtungsausschusses Stuttgart, Dr. Kimmich, wurde mit Wirkung vom 1. Januar 1929 zum Schlichter für den neuen Bezirk Süddeutschland mit dem Dienstsitz in Karlsruhe bestellt.

Die Streitfrage um den Sitz bei der Reichsbahn.

Karlsruhe, 5. Dezember. Die badische Regierung hat den Staatsgerichtshof um die Bestätigung ihres Anspruchs auf einen Sitz im Verwaltungsrat bei der Reichsbahngesellschaft angegangen. Darauf hat das Reich alsbald mit einem weitgehenden Gegenantrag geantwortet, nachdem den süddeutschen Ländern das Recht auf Benennung von Mitgliedern zu der genannten Körperschaft abgeprochen werden sollte. Daraufhin hat Baden beim Staatsgerichtshof den Erlaß einer einstweiligen Verfügung beantragt, die dahin lauten soll, daß dem Lande Baden auf alle Fälle ein Verwaltungsratsmitglied freizuhalten sei, bis die Entscheidung im Rechtsstreit zwischen dem Reich und den vier süddeutschen Ländern vorliegt.

Eine Krisenunterstützung für die Textilarbeiter des Altlands.

Ettlingen, 5. Dez. Der Präsident des Landesarbeitsamtes genehmigte für die Dauer von einem Vierteljahr eine Krisenunterstützung für die verheirateten und ledigen Berufsangehörige des Spinnstoffgewerbes im Amtsbezirk Karlsruhe. Die Unterstützung läuft vom 26. November 1928 bis 25. Februar 1929. Ob eine weitere Verlängerung von einem Vierteljahr eintritt, hängt von den wirtschaftlichen Verhältnissen und der weiteren Entscheidung des Präsidenten des Arbeitsamtes ab.

Aus Nah und Fern.

* Einsheim, 4. Dez. (Verbot wilder Weihnachtsmahlzeiten.) Wie in früheren Jahren kommt auch jetzt wieder das Regierungsverbot für wilde Weihnachtsmahlzeiten in Betracht. Sondermahlzeiten von Vereinen aller Art zur Gewinnung von Mitteln für Weihnachtshilfsleistungen werden deshalb nicht genehmigt, und jedes Nachjuden darum ist zwecklos. In diesem Jahre soll der Erlös der gemeinsamen Sammlung ebenfalls wieder in erster Linie den Kriegswaisen und Kindern der bedürftigen Kriegsbeschädigten zugute kommen.

* Einsheim, 4. Dez. (Prämien bei der Reichsbahn zur Verhütung von Schäden.) Von der deutschen Reichsbahngesellschaft sind ab 1. Oktober 1928 neue Richtlinien für die Genährung von Prämien bei der Entdeckung oder Verhütung von Schäden an Bahnanlagen und Fahrzeugen und bei der Ermittlung und Anzeige von Diebstählen in Kraft getreten. Ordentliche Prämien erhalten Reichsbahnbedienstete, die an Betriebsanlagen usw. Schäden entdecken, die die Sicherheit des Betriebs gefährden können, wenn besondere Aufmerksamkeit vorliegt und Schäden durch rechtzeitige Anzeige verhütet wird. — Außerordentliche Prämien bis zu 200 Mark können für jeden Beteiligten an Reichsbahnbedienstete oder Privatpersonen bewilligt werden für entschlossenes und zweckmäßiges Handeln in besonderen Fällen (Abwendung von Betriebsgefahren, bei Brand, Hochwasser usw.)

* Einsheim, 3. Dez. (Das neue Postbuch.) In der nächsten Zeit wird das im Reichspostministerium bearbeitete Postbuch herausgegeben werden. Es enthält nach dem Stand vom 1. November die für die Allgemeinheit wichtigen Bestimmungen über die Benutzung der Einrichtungen der Deutschen Reichspost, die Beförderungsbedingungen und die Gebühren für den In- und Auslandsverkehr. Für die Herausgabe des Postbuchs (Preis 75 Pfg.) ist die Absicht bestimmend gewesen, dem Publikum einen Wegweiser und Ratgeber für die Benutzung der Post in die Hand zu geben und dadurch den Verkehr zwischen den Vereindern und den Postdienststellen, insbesondere an den Postschaltern, zu erleichtern und zu beschleunigen.

* Einsheim, 2. Dez. (Ausstellung ungedeckter Schecks.) Der badische Justizminister weist in einem Erlaß auf die Mißbräuche durch Ausstellung ungedeckter Schecks hin und führt hierzu aus:

„Klagen aus Kreisen des Bankgewerbes und des Handels geben mir Anlaß, darauf hinzuweisen, daß im Interesse der Sicherheit des Scheckverkehrs gegen Scheckwindeln jeder Art mit Nachdruck eingeschritten werden muß. Die Vorschriften des geltenden Strafrechts über Betrug und Urkundenfälschung bieten hierzu eine genügende Handhabe. Bezüglich der Verhütung von Betrug durch Hingabe deckungsloser Schecks, insbesondere wird auf das Urteil des Bayerischen Obersten Landesgerichtes vom 3. Februar 1925 (Leipz. Zeitschrift 1925, Spalte 487) verwiesen. Danach kann bei der Hingabe eines nur teilweise gedeckten Schecks als vollwertiges Zahlungsmittel Betrug auch dann vorliegen, wenn der Aussteller glaubte, daß bis zur Vorlage des Schecks zwecks Einlösung volle Deckung vorhanden sein werde.“

* Einsheim, 30. Nov. (Raucher- und Nichtraucher-Abteile.) Die Reichsbahnverwaltung hat bekanntlich scharfe Bestimmungen für den Schutz der Nichtraucher erlassen, es aber unterlassen, ebensolche Bestimmungen für den Raucher zu schaffen. Nach der neuen Tarifverhöhung hat aber jeder Reisende Anspruch auf einen Sitzplatz. Nun sind aber die Raucherabteile meist überfüllt, dagegen die Nichtraucherabteile mäßig besetzt. Das kommt daher, daß die meisten Frauen wahllos in das nächstbeste Abteil einsteigen, ohne zu sehen, ob es sich um Raucher- oder Nichtraucherabteil handelt. Nachher wird dann gehustet und geschimpft über den Tabakrauch. Will die Reichsbahnverwaltung ihren Beamten Unannehmlichkeiten und Beschwerden von Seiten der Raucher ersparen, so muß sie auch in dieser Hinsicht Bestimmungen treffen.

* Waisstadt, 3. Dez. (Turnverein.) In einer kürzlich zusammenberufenen Turnratsitzung wurde beschlossen, den Mitgliedern des hiesigen Turnvereins einen Vergnügungsabend zu veranstalten. Mit turnerischen Vorführungen und Tanz wird das Programm des Abends abgewickelt werden.

* Etelsfurt, 4. Dez. (Den Reigen der diesjährigen Weihnachtsgesellschaft) eröffnete der Fußballverein Phönix am Samstagabend im Gasthaus zum „Lamm“. Im Anschluß an die Christbaumverfeigerung hielt noch Tanzunterhaltung die Mitglieder und Gönner des Vereins in gemütlicher Weise besammeln.

* Bad Rappenau, 4. Dez. (Vermiit) wird seit gestern abend um 5 Uhr die ledige Emilie Rothenhöfer, Tochter des hiesigen Gärtnereimasters Rothenhöfer. Schon seit längerer Zeit zeigte das Mädchen Anzeichen von Schermit und auch gestern wieder hatten ihre Angehörigen alle Mühe, das Mädchen zu beruhigen. Leider gelang es ihr doch, das Haus zu verlassen. In Dietheim wurde sie, wie man hört, zuletzt gesehen, wo sie in einem Hotel übernachtete, doch hat man seither ihre Spur verloren.

* Eppingen, 4. Dez. (Grabhändlung.) In der Zeit vom 25. bis 27. November wurden auf dem israelitischen Friedhof vier Grabsteine umgeworfen. Für die Ermittlung der etwaigen Täter hat der Synagogentat Eppingen eine Belohnung von 100 RM. ausgesetzt. Sächdliche Mitteilungen sind an die Staatsanwaltschaft oder die Gendarmerie Eppingen zu machen.

* Eppingen, 4. Dez. (Frauenverein.) Der Frauenverein hielt gestern nachmittag im Saale des Gasthofes zur „Eisenbahn“ seine diesjährige Generalversammlung, verbunden mit einem Nachmittagskaffee, ab. Den zahlreich erschienenen Mitgliedern war ein reichhaltiges Programm, bestehend aus musikalischen, theatralischen und deklamatorischen Beiträgen geboten. Auch in diesem Jahre war es dem Frauenverein vergönnt, zwei Dienstboten für 5- und mehrjährige Tätigkeit bei ein und derselben Herrschaft auszuzeichnen. Es sind dies Frä. Lisette Meng (im Dienste bei Herrn Jakob Gebhard) und Frä. Anna Hildenbrand (bei Frau Amtsgerichtsrat Weeber).

* Aus dem Amtsbezirk, 4. Dez. (Was sagt das Reichsgericht zum Ruß.) Der Ruß bedarf stets der Erlaubnis des Geschützen, denn er ist eine Einwirkung auf den Körper des anderen. Ohne besondere Erlaubnis darf man nur küssen, wenn man das stillschweigende Einverständnis der anderen gewiß ist, nämlich bei nahen Verwandten, Eltern und Kindern und Liebesleuten. Sträubt sich jemand ernsthaft gegen das Küssen (nicht nur zum Schein), so ist anzunehmen, daß er den Ruß als rechtswidrigen Eingriff in sein Persönlichkeitsrecht und Verletzung seiner Ehre betrachtet. Nach einer reichsgerichtlichen Entscheidung macht sich der Küssende unter solchen Umständen tätlicher Beleidigung schuldig.

* Meckesheim, 4. Dez. (Errichtung einer Hilfsstelle für Arbeitslosenfürsorge.) Das Arbeitsamt Heidelberg beabsichtigt die Errichtung einer Hilfsstelle für die Abwicklung aller Geschäfte der Arbeitslosenfürsorge in hiesiger Gemeinde. Dieser Hilfsstelle sollen alle Orte der Umgebung angeschlossen werden. Den Bürgermeistern werden darüber die bisherigen Geschäfte abgenommen. Als Lokal ist ein Raum des hiesigen Rathauses in Aussicht genommen.

* Hüffenhardt, 4. Dez. (Die Postaufstellung) hat hier ab 1. Dezember eine erfreuliche Besserung erfahren. Seither wurde nur einmal nachmittags zugestellt. Ab 1. Dezember wird jetzt wieder am Vor- und Nachmittag ausgetragen. Damit ist ein allgemeiner Wunsch der Einwohnerschaft in Erfüllung gegangen.

* Mönchzell, 4. Dez. (Vortrag.) Auf Veranlassung des Kreisfries Heidelberg wird am kommenden Freitag im Schulsaal hier durch den Fürsorgearzt des Badischen Landesverbandes für Säuglings- und Kleinkinderfürsorge ein Lichtbildvortrag über allgemeine Fragen der Kindergesundheitspflege gehalten. Der Eintritt ist frei.

* Aus dem Oberrhein, 3. Dez. (Die Holzarbeiten) in den einzelnen Gemeinde- und Privatwaldungen wurden fast überall aufgenommen. Als Arbeitslohn wird 1,50 Mark bis 3,20 Mark pro Ster, Festmeter oder ein Viertel Wellen bezahlt. Damit hat die wochenlange Arbeitslosigkeit ihr Ende. Zahlreiche Gemeinden haben außerordentliche Holzpreise genehmigt bekommen, da die Forstverwaltungen durch die neuzeitliche Waldbewirtschaftungen das überständige Holz freigeben. Die Gemeinden, die großen Wald besitzen, erhalten hierdurch Geldmittel zu verschiedenen kommunalen Projekten und die Arbeiter haben den ganzen Winter Verdienstmöglichkeiten. Große Nachfrage herrscht nach Papierholz, das auch jedes Jahr reichlich geschlagen wird. Die großen überständigen Eichen werden dieses Jahr meistens geschlagen. Bei Neupflanzung des Waldes geht man jetzt zum Nadelwald über, weil er viel rentabler ist als der reine Buchen- oder gar Eichenwald. Das Weihnachtsgeschäft hat auch bereits eingesetzt. Das Hauen der Christbäume wurde in fast allen Gemeinden bereits vergeben. Um Mitte Dezember werden dann die Christbäume waggonweise verladen und verfrachtet.

Der Erfolg

aller Ihrer Unternehmen hängt zum größten Teil von Ihrem Aeußeren ab. Wirklich gut sitzende, elegante und dabei preiswerte Kleidung erhalten Sie bei uns, denn wir sind seit vielen Jahren bekannt dafür.

Gebrüder Manes

Mannheim P 4, 11-12
Die Qualitätskleidung für Herren und Knaben

Mosbach, 4. Dez. (Die erste Pelzfarm im Odenwald.) Die Herren Rothenhäuser aus Mosbach i. O. und Aras aus Ober-Ostern haben auf einem dem legenannten gehörigen Waldstück eine Blaufuchs- und Waschbärfarm angelegt.

Aus dem Amtsbezirk.

Die letzten Feldarbeiten sind beendet. Die heimliche Flur öde und verlassen, rüstet zum Winterchlaf. Dichte Nebelstreifen breiten sich über die kahlen, löchbedeckten Hügelreihen.

In den Dörfern hat die Hast und Geschäftigkeit der Ruhe und der Geselligkeit den Platz überlassen. Die durch die Winterzeit bedingte Arbeitspause ermöglicht die Vornahme von Arbeiten, zu deren Erledigung sonst nur wenig Zeit vorhanden ist.

Träger der Bildungsarbeit sind auch die Vereine der verschiedenen Art, besonders in größeren Orten. Erwähnung verdienen hier die Abhaltung von Volkshochschulkursen, von literarischen Abenden und theatralischen Aufführungen.

Wenig erfreulich ist die alljährlich vor Weihnachten auch in unserer Gegend eintretende Arbeitslosigkeit. Dies macht sich in größerem Ausmaße besonders in der Tabakindustrie bemerkbar.

Heidelberg, 5. Dezember. (Im Walde erschossen.) Der 27jährige Sohn des hiesigen Holzhändlers Koh, der sich vom Elternhaus offenbar in der Absicht entfernt hatte, sich das Leben zu nehmen, wurde im Walde erschossen aufgefunden.

Reimen (bei Heidelberg), 5. Dezember. (Töblicher Unglücksfall.) Im Zementwerk verunglückte der Arbeiter Fink dadurch tödlich, daß er sich nach Wegnahme einer Kfbedeckung auf den Rand eines Schneefeneinlaufs zum Ausruhen setzte und dabei in die Schneedecke fiel.

Bruggingen (bei Emmendingen), 5. Dez. (Von einer Kalbin tödlich getreten.) Der in den 60er Jahren stehende verheiratete Landwirt Matthias Scheer führte eine Kalbin, die plötzlich scheute. Scheer kam zu Fall und die Kalbin sprang ihm auf den Leib, wobei er so schwere innere Verletzungen erlitt, daß er einige Stunden nachher verschied.

Maulburg (bei Schopfheim), 5. Dez. (Grippeepidemie.) Die Einwohner der Gemeinde Maulburg werden gegenwärtig stark von Grippe und Lungenentzündung heimgesucht. Auch die Fälle von Tuberkulose haben sich vermehrt.

Freiburg, 5. Dez. (Bei Bauarbeiten tödlich verunglückt.) Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich heute mit-

tag gegen 2 Uhr beim Neubau der Kliniken. Ein Kanalschacht stürzte ein und begrub zwei Arbeiter mit Erdmassen. Durch rasch herbeigeleitete Mitarbeiter konnten die Verschütteten befreit werden.

Freiburg, 5. Dez. (Bei Dachreparaturen tödlich abgestürzt.) Im Baldenweg-Hof bei Freiburg stürzten zwei Maurer, die mit Dachreparaturen beschäftigt waren, ab. Der eine Maurer, Willi Scherer aus Mötenbach, erlitt so schwere Verletzungen, daß er ihnen in kurzer Zeit erlag.

Buggingen, 5. Dezember. (Weiterer Verbreitung der Masern unter den Kindern.) Vor 14 Tagen mußte hier die erste Klasse der Volksschule wegen der Masern geschlossen werden. Nunmehr muß auch die Kinderschule schließen, da die meisten Kleinen an der Krankheit darniederliegen.

Vörrach, 5. Dez. (Messerstecherei.) In der Spitalstraße in Vörrach kam es zwischen einigen jungen Burschen zu einem Streit, der in eine große Stecherei ausartete. Einer der Burschen stach mit seinem Messer auf die anderen ein, wobei einer davon so verletzt wurde, daß er sich in das Krankenhaus begeben mußte.

Weil-Leopoldsdörfer, 5. Dez. (Schwerer Unfall.) Dem Metzgerlehrling Franz Kohrer aus Degerfelden, der bei dem Metzger und Gastwirt Stegeler in Weil beschäftigt ist, stieß beim Fleischausbeinen ein ernstes Unfall zu. Das Messer rutschte ihm aus und ging ihm tief in den Leib.

Konstanz, 5. Dez. (Vom Wagen gestürzt und überfahren.) Am Montagabend stürzte das 17jährige Töchterchen der Familie Klöckler vom Pferdebestenwerk ihres Vaters herunter, wobei ihm der Wagen über den Oberkörper ging und es so schwer verletzte, daß es kurze Zeit nach seiner Einlieferung ins Krankenhaus starb.

Ein großes Bauernhofamt eingeweiht.

Outach, 5. Dez. Am Samstag brannte am Turm das Mofer-Bauernhofamt bis auf den Grund vollständig nieder. Die Besitzerin, Frau Christian Wöhrle Witwe, eine ältere, schwerhörige Frau, die den Hof an den Langenbachbauern Breithaupt verpachtet hat, war allein zu Hause und bemerkte den Ausbruch des Feuers zu spät.

Großfeuer in Donaueschingen.

3000 Zentner Heu, 200 Zentner Stroh und neun Wagen mit Heu vernichtet. Donaueschingen, 5. Dez. Vorgeftern Abend 7 Uhr brach in dem in der Nähe des Bahnhofs gelegenen Heu- und Strohmagazin der Holz- und Fouragehandlung Kühn Feuer aus, dem circa 3000 Zentner Heu, 200 Zentner Stroh und neun mit Heu beladene Wagen, Drechsmaschinen usw. zum Opfer fielen.

Weihnachtskassenfenster im Licht!

Was gibt es Schöneres, als an frühen Abenden durch die Straßen zu spazieren, die von einer Lichtflut überglänzt sind und in den tausenderlei Schaufenstern zauberhafte Dinge bergen? Solche Straßen und Schaufenster mit all den großen und kleinen Herrlichkeiten an Spielzeugen und süßen Sachen mit dem Wirbel an Farben und Glanz an Lichtern sind Paradiese für die Kinderwelt.

Sie scheinen den Zauberstab zu besitzen, Kinderherzen für sich zu gewinnen, unsere Geschäftsleute. Mit größter Sorgfalt und mit Geschick haben sie ihre Schaufenster zu kleinen Bühnen umgestaltet, die die Märchenwelt des Kindes bedeuten.

Bergebung von Erdarbeiten. Für die Entwässerung des Babstader Tales auf Gemarkung Rappenaui ist die Ausführung der Talbachkorrektur (etwa 2200 m Länge) und der einmündenden Seitengraben (etwa 1400 m Länge) zu vergeben.

Jagd-Verpachtung. Die Gwang. Pfluge Schönau in Heidelberg verleiht am Montag, den 10. Dezember 1928 vorm. 11 Uhr im früheren Verwaltungsgebäude die Ausübung der Jagd in dem kircheneigenen Waldbezirk „Eisenstein“ mit rund 164 ha Gemarkung Sinshelm a. G. auf weitere 6 Jahre d. i. vom 1. Februar 1929 bis 31. Januar 1935.

Hohen Verdienst finden redigierbare Vertreter. die allerorts f. Wäpche u. Aussteuerart. gef. werden. Offerte unter Nr. 1883 an den Landboten.

Küchen-Uhren. Einfache Ausführung R.-M. 8.- Bessere " " 12.- Beste " " 20.- Reiche Auswahl. E. SCHICK Oegr. 1875.

Verein „Badische Heimat“ Burgen aus der Umgebung von Sinshelm. Lichtbilder-Vortrag des Herrn Baurat Karl Koch-Heidelberg. Zur Bestreitung der Unkosten werden Mk. 0.60 pro Person erhoben.

Am Freitag, den 7. Dez. 20 Uhr Monats-Versammlung im oberen Raum des Cafe Glasbrüner. Anschließend gemütliches Beisammensein. Gewerkschaftsbund der Angestellten Ortsgruppe Sinshelm a. G.

CAFÉ „LINDE“ Morgen Donnerstag Schlachtfest. Vormittags ab 10 Uhr Wellfleisch. Abends Schlachtplatte.

Zweistöckiges Wohnhaus mit Hinterhaus, Stallung und Scheune in Sinshelm an der Hauptstr. gelegen, für Geschäftshaus geeignet, zu verkaufen. Zu erfragen unter Nr. 1882 beim Landboten.

zu verschwinden, alle Wagen führt sie wie eine richtige Eisenbahn, sogar die Lichter der Lokomotive glänzen. Dort ragt eine alte trutzige Ritterburg auf, vieltürmig und moosüberzogen am Gestein, und im Burghofe tummeln sich Soldaten. Hier marschieren die Soldaten mit klingelnden Waffen in Züge, drüben stehen die Dampfmaschinen mit einer Gefäßschicht hübscher Anhänger, daneben die Modelle aus Holz und Metallbaukästen, endlich gibt es die schönsten Matbücher die Märchen- und Geschichtsbücher aller Art. Und lachen nicht die Kinderchen für die Kleinen und die Kleineren, die hier ausgebreitet liegen, nach ihrer eigenen Kindheit Freude war? Und hört man nicht das alte Wort: zu unserer Zeit hat's so was nicht gegeben?

Führt eure Kinder in die Straßen, werdet selbst jung an der Freude der Jungen, deren Fest herannaht!

Neueste amtliche Kurse. mitgeteilt von der Vereinsbank, e. G. m. b. H. Sinshelm. vom 5. Dezember 1928. Kautschuk: in % 139,50. Abfüllungsschuld mit Auslösungsschein 51,50. Bankaktie: in % 180. Rab. Bank 180. Darmstädter- und Nationalbank 899.

Heute Brunnenstube. Die heutige Nummer der „Brunnenstube“ ist adventlich eingestellt und bringt schon einen Vorzeichen auf Weihnachten.

Bücher. Pierer's landwirtschaftlicher Schreib- und Taschenkalender für das Jahr 1929 ist nunmehr im 10. Jahrgang bei H. A. Pierer Verlagsbuchhandlung, Altenburg in Thüringen. Auf den Rücken 13, wie bisher in 2 Ausgaben erschienen.

Geschäftliche Mitteilungen. Für Auswanderer nach den Vereinigten Staaten. Wie uns die hiesige Vertretung der Hamburg-Amerika Linie mitteilt, schreibt die Erledigung der bei den amerikanischen Konsulaten während der letzten Annahmefrist eingegangenen Anträge auf Erteilung des Einwanderungsschiffvermerkes rasch voran.